

München, 01.03.2016

Arbeitsmarktzahlen: Ausbeutung der Arbeitnehmer durch Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen stoppen!

SPD-Sozialpolitikerin Weikert: Staatsregierung muss die bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen - Faire Arbeitsbedingungen werden den Jobmotor nicht abwürgen

„Die Staatsregierung muss ihren einsamen und ungerechtfertigten Widerstand gegen die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen aufgeben!“, fordert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Angelika Weikert**, anlässlich der heute (01.03.2016) veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen. Weikert stellt klar: „Die Staatsregierung spricht davon, Belastungen für die Wirtschaft zu vermeiden und mehr Flexibilität zu schaffen. Ich frage mich, welche Arbeitgeber damit konkret gemeint sind. Statt die Ausbeuter unter den Unternehmern muss die Staatsregierung die bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen!“

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen weisen den höchsten Bestand an offenen Stellen seit dem Jahr 2000 auf. Ein Rückgang des Arbeitskräftebedarfs ist nicht in Sicht, gerade auch in der Zeitarbeit steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften. „Faire Arbeitsbedingungen werden die Einstellungsbereitschaft der bayerischen Wirtschaft mit Sicherheit nicht bremsen. Das Märchen vom Jobkiller glauben nicht mal mehr die Arbeitsmarktpolitiker der CSU“, kommentiert die SPD-Politikerin mit Verweis auf das gemeinsame Positionspapier der CSA (Christlich-soziale Arbeitnehmerschaft) und der IG Metall.

Die Arbeitgeber und die Gewerkschaften unterstützen den Gesetzentwurf zur Neuregelung von Zeitarbeit und Werkverträgen von SPD-Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles bereits. Und auch der Bundesrat hat die Bundesregierung, der auch die bayerische Regierungspartei angehört, vergangenen Freitag dringend aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindert.